

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1939  
des Abgeordneten Julian Brüning (CDU-Fraktion)  
Drucksache 7/5322

### **Entschlammung des Cantdorfer Wiesenteiches (Landkreis Spree-Neiße)**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Seit Jahren wird um eine Entschlammung des Cantdorfer Wiesenteichs gerungen. Beim Hochwasser 2013 flutete die Spree den Wiesenteich. Eisenhydroxid wurde dabei in den Teich gespült und hat sich im Schlamm abgelagert. Der Wiesenteich gehört zu den ökologischen Trittsteinen entlang der Spree. Das sind Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere, die mit der Qualität des Flusswassers nicht mehr zurechtkommen.

1. Welche Herausforderungen könnten aus Sicht des Landesamts für Umwelt (LfU) bei der Entschlammung des Cantdorfer Wiesenteichs zu erwarten sein?

zu Frage 1: Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) geht davon aus, dass die Zulassung eines solchen Vorhabens ein Verfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) (Planfeststellung, Plangenehmigung) erfordert. Herausforderungen können die abfallrechtlichen Aspekte (Möglichkeiten der Verwertung oder der Entsorgung), die naturschutzrechtlichen Themen und ggf. die Gesamtkosten sein. Bei Hochwasserereignissen ist zudem eine neuerliche Eisenhydroxidbelastung/-verschlammung möglich.

2. Welche konkrete Zeitschiene gibt es für die Entschlammung des Wiesenteichs?

zu Frage 2: Es handelt sich um ein kommunales Projekt. Dem MLUK liegen keine Informationen über die zeitlichen Abläufe des Projektes vor.

3. Wie wird das Vorhaben finanziert?

Zu Frage 3: Es ist beabsichtigt, die Renaturierung des Cantdorfer Wiesenteichs im Rahmen einer Förderung aus der Richtlinie „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen“ (KoMoNa) zu finanzieren. Ein entsprechender Antrag ist durch die Stadt Spremberg gestellt worden.

Der Stadt Spremberg wurde bereits schriftlich mitgeteilt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom MLUK (bzw. zuständige Einrichtung) eine Finanzierungszusage für die Haushaltsjahre ab 2023 nicht abgegeben werden kann.